

# Arbeit. Sicherheit. Nachhaltigkeit.

Zukunft für unsere Kinder

Die CDU im Rheinisch-Bergischen Kreis

Kreiswahlprogramm 2009



**CDU**

[www.cdurbk.de](http://www.cdurbk.de)

## **Impressum**

CDU Rheinisch-Bergischer Kreis

V.i.S.d.P.: Thomas Frank, Kreisgeschäftsführer

Hauptstraße 164b

51465 Bergisch Gladbach

Telefon: 02202 936950

E-Mail: [kgs@cdurbk.de](mailto:kgs@cdurbk.de)

Internet: [www.cdurbk.de](http://www.cdurbk.de)

# **Arbeit. Sicherheit. Nachhaltigkeit.**

## **Zukunft für unsere Kinder**

### **Die CDU im Rheinisch-Bergischen Kreis**

#### **Kreiswahlprogramm 2009**

Die CDU ist die prägende Kraft im Rheinisch-Bergischen Kreis - und das seit Jahren. Wir haben viel geleistet und erreicht.

Unser Kreis zählt zu den familienfreundlichsten Kreisen in NRW!

Die hier lebenden Menschen erwirtschaften eines der höchsten durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen deutschlandweit!

Unser Kreis hat eine der niedrigsten Kriminalitätsraten landesweit!

Unsere Kreisstadt Bergisch Gladbach ist sogar die sicherste 100.000-Einwohner-Stadt in NRW!

Nicht zu vergessen: wir haben finanziell restriktiv und solidarisch gewirtschaftet.

Die Fakten sprechen für sich, für unseren Kreis und die CDU.

Die CDU steht für Tradition und Fortschritt. Wir können und wollen etwas bewegen, Neues erreichen. Bewiesen haben wir das zur genüge. Dies gilt auch für die gesellschaftlichen, demografischen und wirtschaftlich-technischen Veränderungen, die den Wettstreit mit unserem Umland sowie den Konkurrenzkampf in einer globalisierten Welt herausfordern. Diesem Druck stellen wir uns täglich, nicht zuletzt in der Kommunal- und Kreispolitik.

Die weltweit bedrohliche Wirtschafts- und Finanzkrise, trotz erster Anzeichen einer Erholung, macht deutlich, dass wir uns vorrangig auf die Themen von Arbeit und Wirtschaft konzentrieren müssen.

Wichtig sind uns auch die Fragen des demografischen Wandels, das Miteinander von Jung und Alt. Die älter werdende Bevölkerung stellt uns vor neue Herausforderungen und bietet gleichzeitig Chancen; z.B. das gute Miteinander der Generationen und gegenseitige Rücksichtnahme wieder zu beleben. Diese Zukunftsaufgabe wird uns nur gemeinsam gelingen.

Ein richtungsweisender Schritt wurde bereits von unserem Landrat initiiert und vom Kreistag beschlossen: Das Strategiekonzept RBK 2020. Es ist für uns ein wichtiger Einstieg in eine nachhaltige und zukunftsorientierte Politikgestaltung, die wir fortsetzen und mit diesem Programm ergänzen wollen.

Unser Grundgedanke, die Stärken unseres Kreises weiter auszubauen, ist aktueller denn je.

Bereits in den letzten Jahren war für uns das Thema Bildung ein zentrales Anliegen. Wegweisend ist unsere Entscheidung für das Bildungsnetzwerk im Rheinisch Bergischen Kreis. „Vorfahrt für Bildung“ wird auch in der vor uns liegenden Zeit Priorität behalten.

Die geografische Nähe zu den Ballungszentren der Rheinschiene und unsere hervorragende Verkehrsanbindung sind dabei entscheidende Erfolgsfaktoren, die wir nutzen müssen.

Zu unseren Stärken gehört weiter eine funktionierende Land- und Forstwirtschaft. Sie wettbewerbsfähig zu erhalten, gleichzeitig den Erholungswert für die Bevölkerung zu verbessern und die intakte Natur zu bewahren - darin sehen wir weitere Schwerpunkte der zukünftigen Entwicklung unseres Kreises.

Die vielen unterschiedlichen, teilweise widerstrebenden Interessen müssen abgestimmt und gewichtet werden, um als wegweisendes Zukunftskonzept für unsere Kreispolitik zu dienen. Hierin liegt unsere Stärke: die bindende Kraft der CDU als eine integrierende Volkspartei zu nutzen.

Das klare Bekenntnis zum christlichen Menschenbild bietet uns die Grundlage für sachgerechte vernunftgebundene und gerade auch menschliche Entscheidungen. Insofern wundert es nicht, dass wir es waren, die in den letzten Jahren die entscheidenden Zukunftsthemen auf den Weg gebracht haben.

Diesen Kurs möchten wir gemeinsam mit allen Bürgerinnen und Bürgern fortsetzen, damit unser Kreis an der Spitze der Entwicklungen bleibt und wir den Menschen auch weiterhin Sicherheit und Lebensqualität bieten können.

## **Vorrang für Wirtschaft und Arbeit**

Die Wirtschaftskrise geht am Arbeitsmarkt im Rheinisch-Bergischen Kreis nicht vorbei, auch wenn uns der Einbruch vergleichsweise weniger stark getroffen hat. Bei den Arbeitslosenzahlen schneiden wir besser ab als das Umland. Erwiesener Maßen liegt dies an der ausgewogenen Struktur unseres Gewerbes und Handwerks, die von der CDU traditionell unterstützt und

gefördert wurde. Mit 22.000 Betrieben aus den unterschiedlichsten Wirtschaftsbereichen sind wir breit aufgestellt und dadurch krisensicherer als viele andere Regionen. Diese Stärken gilt es zu stärken - und zwar mit oberster Priorität. Wir setzen uns auch in Zukunft für eine diversifizierte und gesunde, mittelständisch geprägte Wirtschaft und ein starkes Handwerk ein, damit wir in Krisenzeiten Arbeitsplätze halten und in Zeiten des Aufschwungs Arbeitsplätze ausbauen können. Dazu gehören vorrangig Investitionen in Bildung und Infrastruktur.

Somit entwickeln wir unser wirtschaftspolitisches Handlungskonzept weiter, um den Weg für die kommenden Jahre zu bereiten. Den Dreiklang aus Bestandsförderung, Infrastrukturausbau und Ansiedlungspolitik stärken wir und bauen ihn in Zusammenarbeit mit den Kommunen aus. Wir wollen für unseren Standort werben und die Grundlage für Unternehmensansiedlungen und zukunftsweisendes Gewerbe schaffen. Wir fördern, was der Wertschöpfung und unserem Wirtschaftswachstum hilft und so zu mehr Arbeitsplätzen führt. Dabei orientiert sich die Kooperation von Kreis und Kommunen an den lokalen wirtschaftlichen Stärken und harten Standortfaktoren, für die wir eine Gesamtstrategie vorschlagen. Die Infrastrukturentwicklung und ein Flächenmanagement zur Ansiedlung neuen Gewerbes müssen anhand dieses Handlungsfadens fortgeschrieben werden. Besonderes Augenmerk ist auf die Förderung und den Ausbau unserer Betriebe vor Ort zu legen. In diesem Gesamtkontext wird die Rheinisch-Bergische Wirtschaftsförderungsgesellschaft (RBW), die wir in den letzten Jahren einvernehmlich mit den Städten und Gemeinden des Kreises zukunftsfähig organisiert haben, eine koordinierende Rolle übernehmen.

Wir wollen eine „Wissensregion Rhein-Berg“ entwickeln und diese als Standortvorteil für die bestehenden und neu anzusiedelnden Unternehmen ausbauen. Der Rheinisch-Bergische Kreis liegt inmitten eines Dreiecks aus hochrangigen Bildungs- und Forschungseinrichtungen. Der Campus der FH Köln in Deutz mit seinen Außenstandorten in Gummersbach und zukünftig auch in Leverkusen, die Rheinische Fachhochschule mit Außenstandorten in Wermelskirchen und Bergisch Gladbach sowie die Universität zu Köln mit ihren breit aufgestellten Studienangeboten sind der perfekte Nährboden für einen wissenschaftlich-technologischen Ausbau unserer Wirtschaftsregion. Besondere Bedeutung erhält in diesem Zusammenhang die betriebswirtschaftlich ausgerichtete Fachhochschule der Wirtschaft FHDW mit ihrem Sitz in Bergisch Gladbach. Dem Gedanken der Vernetzung von Wirtschaftsunternehmen mit lokalen und in der Region ansässigen Bildungseinrichtungen wie Berufsschulen, Fachhochschulen und Universitäten messen wir ein besonderes Gewicht bei. Wir wollen Start-up-Unternehmen eine Chance bieten, sich in unserer Region anzusiedeln – der Technologiepark Moitzfeld ist geradezu

ein Musterbeispiel. Zur Stärkung der Wissensregion Rhein-Berg setzen wir uns für einen zweiten Standort eines Gründerzentrums oder Technologieparks im Kreisgebiet ein.

Wirtschaftsinitiativen wie die Entwicklung eines sogenannten Clusters „Automotive“, welche durch die „Zukunftsinitiative NRW“ der Landesregierung angestoßen wurden, müssen in Kooperation von Wirtschaftsförderung und ansässigen Unternehmen gefördert werden.

Jeder siebte Beschäftigte ist in unserer Region in der Gesundheitswirtschaft tätig. Daher soll dieser Bereich als weiteres Kompetenzfeld entwickelt werden. Dazu wurde jüngst das Projekt einer „Health-Region“ bei uns als ein neues Cluster der Wirtschaftsförderung auf den Weg gebracht. Die CDU setzt sich dafür ein, dass dieses Cluster in Anbindung an die lokalen Angebote der Berufsausbildung und der ansässigen Studienzeige gefördert wird.

Zunehmend etablieren sich im Kreis zahlreiche Unternehmen im Bereich der Umwelttechnologie. Diese bieten aufgrund ihrer Wachstumserwartungen und der idealen lokalen Standortfaktoren ausgezeichnete Chancen für eine aufstrebende wirtschaftliche Entwicklung. Daher wollen wir diesen Wirtschaftsbereich als drittes Kompetenzfeld in unserem Kreis aufbauen.

Die Gewerbeflächenentwicklung, die innerstädtische Entwicklung und das Flächenrecycling werden wir mit Augenmaß gestalten. Wir wollen uns auf Gewerbestandorte mit einer guten Verkehrsanbindung konzentrieren. Unsere intakte Umwelt ist als Standortfaktor auch für die Ansiedlung neuer Betriebe von unschätzbarem Wert. Diesen gilt es zu bewahren.

Der Konrad-Adenauer-Flughafen Köln/Bonn ist für uns sowohl als Luftverkehrsstandort als auch als eine der dynamischsten Betriebsstätten im Rechtsrheinischen von elementarer Bedeutung. Ein erheblicher Teil der am Flughafen bestehenden 12.000 Arbeitsplätze wird von Menschen aus dem Rheinisch-Bergischen Kreis besetzt. Die Bemühungen des Flughafens, schon jetzt die Weichen für die Zeit nach der Wirtschaftskrise zu stellen, werden von uns unterstützt. Das Wachstum wird vorwiegend in den Segmenten Passagierflug und der Tagesfracht stattfinden. Wir setzen uns für die strenge Einhaltung der Flugrouten, die Fortführung des Schallschutzprogramms und den klaren Vorrang für leise Flugzeuge ein.

Wir setzen uns dafür ein, dass sich Bürger und Unternehmer im Behördendschongel besser zurecht finden können. Der elektronische Behördenlotse und der personalisierte Behördenscout, der Verfahrens- und Genehmigungsabläufe aus einer Hand koordiniert und vereinfacht, sind erste erfolgreiche Beispiele für Transparenz und Abbau von Bürokratie. In naher Zukunft könnten diese Stellen auch regionaler Knotenpunkt für den „einheitlichen Ansprechpartner“ gemäß der EU-Dienstleistungsrichtlinie sein. Seit 1999 bietet die Kreisverwaltung des Rheinisch-Bergischen

Kreises in Burscheid, Leichlingen, Overath und Rösrath in Servicebüros z. B. alle Dienstleistungen rund um die Zulassung von Fahrzeugen in den Bürgerbüros der jeweiligen Stadt an. Motto: Zwei Verwaltungen - ein Service.

Wir streben an, den Kreis als mittelstandsfreundliche Verwaltung zu zertifizieren. Dies wird ein wichtiges Signal für die heimische Wirtschaft sein. Wir wollen die bereits eingerichtete Rufnummer D115 als ein zusätzliches Informationsangebot für alle Bürger weiter ausbauen. Hier können die Bürger ihre Fragen und Anliegen an die Verwaltung von zu Hause aus klären und bekommen so schnell und kompetent Auskunft.

Elektronische Kommunikation ist nicht nur für Unternehmen sondern auch für Privathaushalte ein immer bedeutenderer Standortfaktor. Fehlende DSL-Anschlüsse sind heute schon ein Vermietungshemmnis. In den nächsten sieben Jahren wird sich die von den Breitbandnetzen zu transportierende Datenmenge verzehnfachen. Es wird darauf ankommen, die derzeit noch bestehenden Lücken im Breitbandnetz zu schließen; gleichzeitig muss die Basisinfrastruktur für den weiter steigenden Bandbreitenbedarf ausgebaut werden. Wir beteiligen uns aktiv an der Erstellung eines Breitbandinfrastrukturatlases im Rheinisch-Bergischen Kreis beteiligen. Der Ausbau des Festnetzes auf zukunftsfähige Glasfaser- oder alternative Infrastrukturen, um Übertragungsraten von 50 Megabit pro Sekunde (Mbps) zu erreichen, wird angesichts der immensen Investitionsvolumina nur gelingen, wenn zusätzliche öffentliche Fördermittel und privates Kapital für diese Projekte mobilisiert werden können.

## **Bildung - unsere wichtigste Ressource**

Wo die CDU Verantwortung trägt, stehen vor allem die Bedürfnisse der Kinder im Mittelpunkt der Schulpolitik. Ideologische Debatten über Schulformen überlassen wir anderen. Wir wollen für unsere Kinder die besten Startchancen und deshalb ein breites, begabungsgerechtes und differenziertes Schulsystem, um alle Talente gleichberechtigt zu entdecken und zu fördern.

Wir wollen eine bedarfsgerechte Bildungslandschaft, die unsere Kinder und Jugendlichen frühzeitig auf ihre Chancen in Ausbildung und Beruf vorbereitet, damit unsere klügsten Köpfe vor Ort bleiben.

Wir wollen regionaler Vorreiter im Bereich Bildung und Erziehung vom Kindergarten bis hin zur weiterführenden Schule sein. Das durchweg hervorragende Leistungsniveau unserer Schulen

wollen wir durch die Auslobung von Schülerwettbewerben im Bereich Fremdsprachen und Naturwissenschaften deutlich erkennbarer machen und zusätzliche Anreize schaffen.

Auch die Förderung sozialer Kompetenzen unserer Schüler kommt im Rheinisch-Bergischen Kreis nicht zu kurz. An vielen Schulen im Rheinisch-Bergischen Kreis sind mittlerweile Streitschlichterprojekte entstanden. Hier werden Regelverstöße durch gleichaltrige Schüler mit Sanktionen geahndet und Streitigkeiten mit einer hohen Erfolgsquote erfolgreich geschlichtet. Beim Schulamt wurde eine Schulschiedsstelle für alle Schulen eingerichtet.

Weiter setzen wir uns für die Wahlfreiheit von Eltern und Kindern ein. Jeder soll das Bildungsangebot (ob Ganztags- oder Halbtagsangebot, ob naturwissenschaftlich oder bilingual geprägte Schule) in Anspruch nehmen können, das den Begabungen und der familiären Situation am besten entspricht.

Zu diesem Zweck haben wir im Zuge unserer Qualifizierungsoffensive das bereits erwähnte Bildungsnetzwerk eingerichtet. Als einer der ersten Kreise in NRW wollen wir dieses Mittel zur Vernetzung von allgemeinbildenden Schulen, weiterbildenden Schulen, Wirtschaft, Arbeitsverwaltung sowie Verbänden und Kammern fördern und zu einem konkreten Standortvorteil unseres Kreises ausbauen. So soll vor allem die Profilentwicklung der Schulen im Sinne des Konzeptes „eigenverantwortliche Schule“ umgesetzt und koordiniert werden. Die Übergänge zwischen vorschulischen Einrichtungen und Schulen sowie zwischen Schulstufen und –formen wollen wir dabei harmonisieren. Einen weiteren Schwerpunkt stellt der Übergang von der Schule in Beruf und Studium dar. Bereits jetzt gilt unser Kreis landesweit als ein Vorbildkreis in diesem Bereich. Vier Schulen wurden bereits mit dem Berufswahl-Siegel für vorbildliche Konzepte in diesem Bereich ausgezeichnet. Das Projekt "Ausbildungsreife" aller Hauptschulen im Rheinisch-Bergischen Kreis wurde von der Schulentwicklungskonferenz des Schulministeriums als innovatives Entwicklungsprojekt gewürdigt und genehmigt.

Die Anstrengungen in diesem Bereich gehen weiter. Im Rahmen der Bildungskonferenz schlossen sich alle relevanten Akteure zu einer Initiative für ein koordiniertes Übergangsmanagement zusammen. Auch mit dem Modellprojekt "Ein-Topf" zur Entwicklung eines neuen, einheitlichen und auf die individuelle Förderung der Jugendlichen ausgerichteten Ansatzes der Berufsvorbereitung, optimieren wir unsere Struktur weiter.

Wir wollen uns außerdem für ein kreisweites Konzept zur Einrichtung von Ganztagschulen in allen Schulformen einsetzen. Gemäß unserem Grundsatz der Wahlfreiheit soll jede Familie Ganztagsangebote in akzeptabler Distanz vorfinden. Getragen wird dies durch die Bildungskonferenz des von uns eingeführten Bildungsnetzwerkes.

Das Bildungsangebot des Kreises soll entsprechend abgebildet werden damit die Angebotsstruktur auch über die Grenzen der Kommunen transparent wird.

Kreisprojekte, die an der Nahtstelle zwischen Bildung, Kulturarbeit und Umwelt angesiedelt sind, wie das bereits umgesetzte Projekt „Scholl op Jöck" und das Projekt KLU – Kennen-Lernen-Umwelt, das in Rösrath und Overath im Zuge der Regionale 2010 gefördert wird, brauchen weitere Unterstützung. Sie schaffen Identität und Bewusstsein für unseren Natur- und Kulturraum bereits im Kindesalter.

Die Kommunalpolitik der CDU sorgt dafür, dass die drei kreiseigenen Schulgebäude in einem guten Zustand sind und ihren geänderten Aufgaben gerecht werden, wie dies jüngst durch die Erweiterung an der Martin-Buber-Schule in Leichlingen und durch die Verlagerung und Sanierung der Martin-Luther-King-Schule in Rösrath geschehen ist. Wir setzen deshalb die Finanzmittel aus dem Konjunkturpaket gezielt für energetische Sanierungsmaßnahmen ein, um den hohen Standard der Gebäude weiter auszubauen.

## **Kinder im Zentrum unseres Handelns**

Die CDU Rheinisch-Bergischer Kreis steht für eine Familienpolitik, in der die Wahlfreiheit der Eltern ein zentrales Anliegen ist. Familien brauchen Sicherheit, Kontinuität und Verlässlichkeit. Daher steht die Förderung der Kinder für uns ganz oben.

Erstmals ist es uns im Rheinisch-Bergischen Kreis durch eine Kraftanstrengung mit Hilfe der Eltern und des Landes gelungen, flächendeckende Angebote an Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren anzubieten. Im Jahr 2004 gab es im Bereich des Kreisjugendamtes für 7 % der Unterdreijährigen Betreuungsplätze; zum neuen Kindergartenjahr für 24 %, überwiegend in Kindertagesstätten, aber auch bei Tagesmüttern und in Spielgruppen.

Diese erfolgreiche Politik zeichnet uns als einen der kinderfreundlichsten Kreise in NRW aus. Qualität gilt für uns dabei als Anspruch und Herausforderung zugleich. Die Landesregierung hat in unserem Sinne beschlossen, dass ab 2010 ein Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für zweijährige Kinder besteht.

Ganz wichtig sind uns die Wahlmöglichkeiten der Eltern. Dazu gehören neben den großen Kindergartenträgern auch die vielen kleinen Träger, insbesondere die Elterninitiativen und Kirchengemeinden. Sie können sich auf unsere Unterstützung verlassen. Diese Trägervielfalt, die in unserem Kreis besonders ausgeprägt ist, wollen wir erhalten. Freiheit und Subsidiarität sind die Eckpfeiler unserer Politik.

Dazu gehört auch, dass ein lang gefordertes Anliegen der CDU im Rheinisch-Bergischen Kreis mit dem Beginn des neuen Kindergartenjahres ab dem 01.08.2009 umgesetzt wird: die Berücksichtigung familiärer und beruflicher Belange bei der Wahl des Kindergartenplatzes. Die bisher im Regelfall unüberwindlichen Grenzen zwischen den sechs Jugendamtsbezirken im Rheinisch-Bergischen Kreis sind jetzt durchlässig. Profitieren sollen vor allem Eltern, die ihr Kind beispielsweise lieber in der Nähe des Arbeitsplatzes in einer Kindertagesstätte untergebracht wissen wollen. Das verkürzt für Kinder die Trennungszeiten und gibt Eltern die Möglichkeit, ihren Tagesablauf besser planen zu können.

Mit den von der Landesregierung eingeführten Familienzentren haben wir die Kindertageseinrichtungen mit Beratungsangeboten vernetzt. Die Familienzentren unterstützen Kinder und ihre Familien umfassend, sichern die Betreuung, fördern die vorschulische Erziehung und Bildung der Kinder und helfen darüber hinaus Eltern bei Erziehungsfragen und alltäglichen Problemen. Die Zusammenführung von Bildung, Erziehung und Betreuung stärkt die Familien mit dem Ziel, allen Kindern unabhängig von ihrer sozialen Herkunft eine optimale Chance zur Entfaltung der eigenen Persönlichkeit zu verschaffen. Das Familienzentrum der Caritas in Rösrath war landesweit das erste seiner Art und hat als Modellprojekt für das Land NRW gedient. Dieses gelungene Vorbild ist vielleicht auch der Grund dafür, dass bereits 33 Kindertagesstätten im Rheinisch-Bergischen Kreis das Gütesiegel „Familienzentrum NRW“ verliehen werden konnte. Wir setzen uns dafür ein, dass in den kommenden fünf Jahren ein Drittel der Kindertagesstätten zu Familienzentren erweitert werden.

Großen Wert legen wir außerdem auf die Unterstützung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Insofern gehört die Vermittlung von Tagesmüttern und -vätern zum Pflichtangebot der Familienzentren, das wir stetig ausbauen wollen.

Im Sinne der Kinder kommt es bei der Betreuung neben dem quantitativen Ausbau noch stärker auf den qualitativen Ausbau an. Dazu gehört neben der Weiterqualifizierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch die Verringerung der Gruppengröße.

Wir wollen Eltern helfen. Die einzelnen Forderungen des Startprojekts aus dem Strategieprozess RBK 2020 „In unserem Kreis wachsen Kinder gesund und sicher auf“ wollen wir sukzessiv umsetzen. Wir wollen sowohl vor als auch nach der Geburt durch den Einsatz von Familienhebammen und Kinderkrankenschwestern zu einer optimalen Versorgung des Kindes beigetragen. Ein wichtiger Aspekt hierbei ist auch die Vorbereitung der Eltern bereits während der Schwangerschaft auf ihre neue Rolle.

Die Gesundheit unserer Kinder steht bei uns ganz oben auf der Agenda. Wir wollen, dass Entwicklungsstörungen und gesundheitliche Beeinträchtigungen frühzeitig erkannt werden. Regelmäßige Vorsorgeuntersuchungen sind ganz wichtig. Mit dem Präventionsprojekte „Ich geh' zur U und du?“ haben wir Eltern sensibilisiert, die Angebote zur Untersuchung und Impfung ihrer Kinder vollständig wahrzunehmen. Im Rahmen der Einschulungsuntersuchungen erfolgt für jedes Kind die Erhebung des Gesundheitsstatus. Festgestellte Impflücken werden geschlossen, die gegebenenfalls versäumte Vorsorgeuntersuchung "U9" wird nachgeholt. Eine möglichst hohe Impfquote ist unser gesundheitspolitisches Ziel. In diesem Sinne sind in der letzten Wahlperiode insgesamt 3,5 neue Stellen im Kreisgesundheitsamt eingerichtet worden, die bereits eine umfassende Prävention in allen Lebensphasen der Kinder gewährleistet.

Regelmäßige Sprechstunden des Kinder- und Jugend(zahn)ärztlichen Dienstes in den Einrichtungen sollen hierbei helfen. Zudem wollen die pädagogischen Mitarbeiter durch Seminare und Fortbildungsangebote sensibilisieren und schulen.

Wir wollen die Freude der Kinder an Bewegung, Sport und einem gesunden Lebensstil erhöhen. Die Bedeutung vielseitiger Bewegung und gesunder Ernährung für eine gute Bildungsentwicklung bei Kindern ist unbestritten. Wir möchten Kindertagesstätten und Schulen dafür gewinnen, sich am Landesprogramm „Bildung und Gesundheit“ zu beteiligen. Auf Basis der vom Forschungszentrum für den Schulsport und den Sport von Kindern und Jugendlichen (FoSS) entwickelten motorischen Tests wollen wir in die Schuleingangsphase einbeziehen. Das frühzeitige Erkennen ermöglicht es, sportlich begabte Kinder besonders zu fördern und Kindern mit motorischen Defiziten die nötigen Bewegungsanreize zukommen zu lassen. Die Unterstützung und Förderung des Schulsports an allen Schulformen insbesondere im Ganztage ist uns ein wichtiges Anliegen.

## **Aktive Lebensgestaltung für jedes Alter**

Der demografische Wandel wird das Zusammenleben in den nächsten Jahren in fast allen Politikfeldern der Kommunen entscheidend beeinflussen. Selbst bisherige Wachstumskommunen spüren erste Bevölkerungsrückgänge. Wir nehmen diese Entwicklung als CDU sehr ernst und wollen die Veränderungen aktiv gestalten, damit Wohlstand und Arbeit gesichert und die kommenden Generationen bestmögliche Chancen in einer intakten Gesellschaftsstruktur erhalten. Die Chancen für eine neue Gemeinsamkeit von Jung und Alt und einen Ausgleich der Generationen wollen wir nutzen.

Wir erkennen die Lebensleistung der Älteren an und sind uns bewusst, dass sie mit ihren Erfahrungen und ihrer Tatkraft zukünftig noch viel stärker gebraucht werden. Ihre Potentiale wollen wir aktivieren und sie respektvoll an unserer Gesellschaft teilhaben lassen.

Die Politik in den Kommunen muss den demografischen Wandel stärker in ihren Entscheidungen berücksichtigen und die Stadtentwicklung daran ausrichten. Bei sinkender Bevölkerungszahl stehen wir vor großen Anpassungen, die als Chance für neue Qualitäten genutzt werden können. Kommunalpolitik muss sich in vielen Handlungsfeldern vom Leitbild des Bevölkerungswachstums verabschieden. Deshalb kommt es zukünftig noch stärker auf interkommunale Kooperation an. Wir setzen auf ein regionales Verantwortungsbewusstsein, das eben nicht an der Grenze der Kommune oder des Kreises halt macht. Mit der Rheinischen Charta, die alle Landrats- und Oberbürgermeisterkandidaten der CDU unterzeichnet haben, bekennen wir uns ausdrücklich zu einer abgestimmten Zusammenarbeit in der Region Köln/Bonn.

Hier bei uns im Rheinisch-Bergischen Kreis setzen wir diese Zusammenarbeit zwischen dem Kreis und den acht Städten und Gemeinden fort. In dem Projekt „Wohnen in jeder Lebensphase“, eines der Leitprojekte des Strategiekonzepts RBK 2020 ist diese Initiative bereits mustergültig begonnen worden und soll nun in konkreten Beschlüssen umgesetzt werden.

Große Herausforderungen kommen beim Wohnungsbau auf uns zu. Bei sinkender Bevölkerungszahl muss das Angebot von neu auszuweisenden Wohngebieten bei gleichbleibendem Altbestand den Erfordernissen des Marktes angepasst werden. Das Niveau bestehender Wohngebiete darf natürlich dabei nicht leiden. Daher brauchen wir ein kreisweites „Wohnungspolitisches Handlungskonzept“, in dem die regionalen Unterschiede in der Bevölkerungsentwicklung und in der Nachfrage eingearbeitet werden. Damit soll ein kreisweites, kommunal getragenes Flächenmanagement betrieben werden, das zur Sicherung der Preisstabilität auf dem Wohnungsmarkt die Neuausweisung von Wohngebieten steuert und das Angebot bedarfsgerecht anpasst. Stärken und Schwächen der Kommunen müssen damit verdeutlicht und gemäß ihrer Potentiale Handlungsanleitungen ausgearbeitet werden. Durch ein Einbrechen der Nachfrage besteht die Gefahr, dass vor allem ältere, monostrukturierte und sanierungsbedürftige Wohngebiete in eine finanzielle Abwärtsspirale gezogen werden und dadurch große soziale Probleme entstehen können. Daher brauchen wir vielfältige und großzügig geplante Wohngebiete – gemäß dem Motto „Qualität vor Quantität“, in denen auch Anreize zur Sanierung und Instandhaltung alten Wohnbestandes geschaffen werden.

Die Kreis-CDU setzt sich für barrierefreie Wohnungen und Straßenräume ein, in denen ältere Menschen die Möglichkeit erhalten, sich selbstbestimmt und angstfrei zuhause und im

öffentlichen Raum zu bewegen. Wir wollen, dass jeder solange zuhause leben kann, wie er das selbst möchte. Auch Angebote des betreuten Wohnens, des Mehrgenerationenwohnens in Stadtteilen, der Alten-Wohngemeinschaften und der betreuten Wohngemeinschaften und Sozialstationen können entsprechend der Nachfrage ausgebaut werden. Gute Ansätze haben wir bereits in verschiedenen Projekten alternativer Wohnformen für Senioren umgesetzt. Wir wollen quartiers- oder stadtteilbezogene Wohn- und Betreuungskonzepte in den Kommunen entwickeln.

Die CDU unterstützt neue Formen der Nachbarschaftshilfe, Partnerschaften mit dem Handwerk, niedrigschwellige Beratungsangebote oder mobile Beratungsteams in den Stadtteilen und dörflichen Siedlungen. In diesem Zusammenhang sind uns das Sicherheitsgefühl und die Mobilität der Senioren sehr wichtig. Dazu haben wir bereits in der abgelaufenen Wahlperiode ein Konzept unter dem Namen „Sicherheit und Mobilität im Alter“ ausgearbeitet. In diesem Konzept fordern wir die Einrichtung „lokaler Ombudsmänner“, die insbesondere im Pflegebereich Anlaufstationen für Beschwerden und Anregungen sind. Dem Sicherheitsaspekt, vor allem der gefühlten Sicherheit von Senioren, wollen wir im gesamten öffentlichen Raum, insbesondere im öffentlichen Nahverkehr gesteigerte Aufmerksamkeit schenken.

Die bereits auf einigen Buslinien im RBK eingesetzten Busbegleiter zeigen, dass eine Erhöhung der Sicherheit, die Verbesserung des Services bei gleichzeitiger Reduzierung des „Schwarzfahrens“ möglich ist. Dieses Konzept wollen wir ausbauen.

Auch die dezentrale und wohnortnahe Gesundheitsversorgung muss gesichert werden. Das neue Wohn- und Teilhabegesetz unterstützt ein menschenwürdiges Leben im Alter, durch ein besseres Wohnumfeld, mehr Mitsprache der Bewohner und Entlastung von Bürokratie, damit die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ihre Zeit vorrangig für die einsetzen, auf die es ankommt: auf die Bewohner.

Die medizinische Versorgung der Älteren im ländlichen Raum muss auch zukünftig gesichert bleiben. Fast alle Menschen im Rheinisch-Bergischen Kreis haben derzeit ein gutes Angebot an ärztlicher Versorgung in erreichbarer Nähe. In den nächsten zehn Jahren wird eine Reihe von niedergelassenen Ärzten in den Ruhestand gehen. Die Sorge, dass freiwerdende Kassenarztsitze in die Zentren verlegt werden, ist berechtigt. Wir begrüßen das von der Landesregierung initiierte „Aktionsbündnis zur Verbesserung der hausärztlichen Versorgung“. Mit der Gesundheitskonferenz des Rheinisch-Bergischen Kreises wollen wir gemeinsam ein Konzept erarbeiten, wie die Anreize des Landesprogramms zur Niederlassung von Hausärzten auch bei uns genutzt werden können.

## **Innere Sicherheit – unser Gütesiegel**

Innere Sicherheit ist die Voraussetzung für die individuelle Freiheit jedes Einzelnen. Jeder Mensch hat ein Grundrecht auf Sicherheit und Unversehrtheit. Unabhängig von Ort und Zeit sollen die Menschen in unserem Land darauf vertrauen können, dass sie vom Staat geschützt werden.

Ganz klar, für uns geht Opferschutz vor Täterschutz, und die CDU steht dafür, dass die Polizei flächendeckend ein ortsnaher und persönlicher Ansprechpartner bleibt. Auch in Zukunft sorgen wir dafür, dass unser Landrat Chef der Kreispolizeibehörde bleibt.

Durch eine grundlegende Neuorganisation der polizeilichen Verwaltungsstruktur konnte unser Landrat als Chef der Kreispolizeibehörde mehr Polizeibeamte im Streifendienst und für polizeiliche Ermittlungen einsetzen. Der Rheinisch-Bergische Kreis zählt seit Jahren zu den Kreisen mit der geringsten Kriminalitätsbelastung in NRW. Die Nähe zu den Großstädten hat allerdings zur Folge, dass die Kriminalität ausstrahlt und die Zahl der Einbruchdiebstähle in den letzten Jahren zugenommen hat. Erfreulich ist aber, dass durch die gute Arbeit unserer Polizei die Aufklärungsquote seit 2004 um 6 %-Punkte gesteigert werden konnte.

Neben der Ermittlungsarbeit unserer Polizeibeamten wollen wir auch die Verbrechensprävention verstärken. Das gerade im Rheinisch-Bergischen Kreis gegründete Netzwerk "Zuhause sicher" aus Polizei und Handwerksbetrieben bietet den Bürgern Präventionservice aus einer Hand. Gleichzeitig hilft dieses Netzwerk das Sicherheitsbewusstsein der Bürger wach zu halten und die Menschen zu mehr Aufmerksamkeit in den Nachbarschaften anzuregen.

Unsere besondere Aufmerksamkeit gilt der Jugendkriminalität im Bereich der Gewalt- und Eigentumsdelikte, die in den letzten Jahren landesweit stetig angestiegen ist. Daher fordern wir eine stärkere Kooperation aller Träger der öffentlichen Jugendhilfe, der Schulen und der Jugendgerichtsbarkeit zur besseren Aufklärung von Straftaten zur frühzeitigen Identifizierung potentieller krimineller Laufbahnen und zur stärkeren Präventionsarbeit im öffentlichen Raum. Auf unsere Initiative ist dieser Punkt auch in das Strategieprojekt RBK 2020 aufgenommen worden. „Der rote Punkt“ und andere Aktionen, die in Zusammenarbeit des Jugendamtes der Stadt Rösrath mit den Schulen und der Jugendgerichtshilfe praktiziert werden, sind kreisweite Musterbeispiele. Zudem müssen jungen Menschen im Schulunterricht die Konsequenzen aus strafbarem Verhalten aufgezeigt werden und Straftaten an der Schule konsequent geahndet werden.

Wir wollen auch die Frage der Jugendkriminalität junger Migranten nicht unangetastet lassen. Alle Bildungseinrichtungen und auch unsere Jugendeinrichtungen sollen auf diese Aufgabe verstärkt vorbereitet werden. Wir müssen auch dafür sorgen, dass unsere Gesellschaft gegenüber solchen

Tendenzen klare Grenzen aufzeigt. Polizei und die Jugendgerichtshilfe sind aufgefordert, die Arbeitsabläufe so abzustimmen, dass auf eine Straftat unverzüglich eine Strafe folgen kann.

Wir halten eine starke Präsenz der Polizei im Straßenbild für unerlässlich. Nur die Sichtbarkeit im öffentlichen Raum kann dazu führen, dass alle Menschen sich wieder überall im Kreis wohlfühlen. Vor allem der öffentliche Straßenraum muss stärker kontrolliert und Vandalismus an der Wurzel gestoppt werden. Die Videoüberwachung an Bahnhöfen und öffentlichen Plätzen halten wir für einen richtigen Weg, um mehr Sicherheit zu schaffen.

Wir wollen in allen Städten und Gemeinden des Kreises gemeinsame Ordnungspartnerschaften von Polizei und kommunalen Ordnungsdiensten, Schulen und Vereinen voranbringen.

## **Der bergische Charakter gehört zu uns**

Der Naturraum in dem wir leben, das Bergische Land, ist mit seinem abwechslungsreichen Landschaftsbild, seiner Land- und Forstwirtschaft und seinen Naturschutzgebieten eine unschätzbare Ressource, aus der wir schöpfen können, die wir pflegen und erhalten wollen und müssen. Dabei beziehen wir die globalen Entwicklungen wie den Klimawandel in unsere Politik vor Ort mit ein. Um diesen Entwicklungen entgegen zu steuern, bedarf es intelligenter und wirksamer Konzepte. Sparsamer Flächenverbrauch, Gebäudesanierung, Erhalt der biologischen Vielfalt, Grund- und Trinkwassersicherheit, Abfallvermeidung, Energieeffizienz und -einsparung sowie die Nutzung von Zukunftsenergien sind Antworten christdemokratischer Kommunalpolitik.

Nicht umsonst haben wir in der vergangenen Wahlperiode einen besonderen Fokus auf dieses Themenfeld gelegt. Mit dem Energiesparkonzept „Der Energiesparkreis“ haben wir nicht nur den CO<sub>2</sub>-Ausstoß, sondern auch die Kosten des Energieverbrauchs in kreiseigenen Liegenschaften erheblich senken können. Im Kreisgebiet werden Energiesparmaßnahmen und der Einsatz regenerativer Energien durch regelmäßige Info-Veranstaltungen für Gruppen unterschiedlicher Akteure, aber auch mit konkreten Projekten und Maßnahmen gefördert.

Hervorragend läuft das Programm „Solarstrom auf Behördendächern“ gerade an. Wir konnten bereits auf der fertig gestellten Rettungswache in Rösrath und der geplanten Rettungswache in Kürten großflächige Solaranlagen installieren und werden diesen Ausbau verstärkt fortsetzen. Gleichzeitig haben wir uns für ein kreisweites Netzwerk aus lokalen Akteuren der Branche eingesetzt. Mit ihm werden die in unserem Kreis angesiedelten überdurchschnittlichen Kompetenzen weiter ausgebaut und in Info-Veranstaltungen und Projekten gefördert. Damit ist für

uns der Klimaschutz gleichzeitig eine konkrete Maßnahme zur Wirtschaftsförderung. Aus dieser Perspektive wird der Kreis für das weitere Handeln ein Konzept für eine CO<sub>2</sub>-Bilanzierung erarbeiten, es schrittweise umsetzen und als Erfolgsindikator für Klimaschutzmaßnahmen nutzen.

Traditionell legen wir im Rheinisch-Bergischen Kreis einen besonderen Schwerpunkt auf die Pflege unserer Natur- und Kulturlandschaft. Seit 2008 führt der nordrhein-westfälische Abschnitt der Deutschen Alleenstraße 45 km von Wermelskirchen bis Rösrath durch den Rheinisch-Bergischen Kreis. Alleen gliedern die Landschaft und vernetzen die Natur. Daher wollen wir jedes Jahr eine Allee neu anlegen oder vervollständigen.

Als erster Kreis haben wir ein Öko-Konto eingerichtet, das gemeinsam von der Biologischen Station und der Stiftung Rheinische Kulturlandschaft geführt wird. Mit dieser Innovation können wir die für Eingriffe in Landschaft fällige Kompensation vor allem qualitativ durch Aufwertung in Naturschutzgebieten oder an Bachläufen erbringen. Wir beschleunigen auf diese Weise Investitionen, vermindern den Landschaftsverbrauch und sorgen zudem für eine Verbesserung der ökologischen Verhältnisse.

Das niederschlagreiche Bergische Land wird seit jeher durch Bäche und Flüsse geprägt. Wir haben uns aktiv am Programm des Landes beteiligt, Fließgewässer wieder durchgängig zu machen. Die Agger mit ihren Nebenbächen und die Dhünn mit dem Eifgenbach sind im Rheinisch-Bergischen durchgängig. Hier wollen wir Laichhabitate als Voraussetzung für die Wiederansiedlung von Wanderfischen entwickeln. Die Renaturierung der Fließgewässer dient sowohl dem Artenschutz als auch dem angesichts zunehmender Starkregenereignisse wichtiger werdenden Hochwasserschutz. An der Sülz wollen wir innerhalb der nächsten fünf Jahre zwei Wehranlagen zurückbauen.

Das Bergische Land ist als Ergebnis der landschaftlichen Vielfalt seit jeher als Region mit einer hohen Artenvielfalt von landwirtschaftlichen Nutztieren und Nutzpflanzen bekannt. Wir unterstützen die Initiative "Vielfalt lebt" des Naturparks Bergisches Land als lokalen Beitrag zum Erhalt der Biodiversität. Über die Züchterzentrale haben wir bereits die Vielfalt von Nutztieren erfasst; wir wollen Bürger dazu gewinnen, auf freiwilliger Basis mitzuhelfen, 1.000 heimische Obstbäume neu zu pflanzen. Dazu werden wir die Vorgaben für Ausgleichspflanzungen entsprechend erweitern.

Die Landwirtschaft ist in unserem Kreis mit ca. 500 Betrieben ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Sie nur auf die Pflege der Kulturlandschaft zu reduzieren, würde ihrer ökonomischen Bedeutung auch für den vor- und nachgelagerten Bereich (Lieferanten und Kunden) nicht gerecht. Wir bekennen uns zur unternehmerischen Landwirtschaft. Betriebserweiterungen und den Aufbau neuer Betriebszweige werden wir nicht behindern, sondern als Beitrag zur Zukunftsentwicklung

ausdrücklich unterstützen. Die Landwirtschaft im Rheinisch-Bergischen Kreis erbringt seit vielen Jahren hohe ökologische Leistungen. Bei uns hat sich die seit einigen Jahrzehnten bestehende Kooperation Wasserwirtschaft und Landwirtschaft bewährt. Das Bergische Land ist für seine Wasserqualität in ganz NRW bekannt. Bei uns gibt es keine überhöhten Nitrateinträge ins Grundwasser.

Als Wirtschaftsfaktor spielen die Naherholung und der Tourismus für uns eine zunehmend wichtige Rolle. Die Reize unserer Landschaft, die vielen kulturellen Einrichtungen – der Altenberger Dom sei nur als ein herausragendes Beispiel genannt - und die vielfältige Gastronomie bieten für uns bisher nicht voll ausgeschöpfte Möglichkeiten. Im Umkreis von 100 Kilometern erstreckt sich ein touristisches Potential von mehr als 15 Mio. Menschen. Wir wollen helfen, dieses im Einklang mit der Natur zu erschließen und diesen Wirtschaftszweig zukunftsfähig zu gestalten. Viele Projekte sind in diesem Kontext bereits angelaufen. Beispielsweise haben wir ein Radwegekonzept beschlossen; ein Reitwegekonzept befindet sich in der konkreten Planungsphase. Diese Planungen werden sowohl touristische Belange, den Naturschutz, den Schutz der Wildtiere und den Schutz des Eigentums sorgfältig abwägen und berücksichtigen. Konkret geplant ist das Wanderwegekonzept des Bergischen Höhenweges "Wege durch die Zeiten", mit dem die von uns gemeinsam mit dem Oberbergischen Kreis gegründete Tourismusagentur „Naturarena Bergisches Land“ beim Wettbewerb um 1,7 Mio. EUR europäische Fördermittel erfolgreich war. Dieser neue Fernwanderweg mit dem Startpunkt in Essen hat Anschluss an den Rheinsteig bei Königswinter. Er wird über 100 km durch den Rheinisch-Bergischen Kreis führen und dann zu dem bundesweit nach einheitlichem Standard aufgebauten Qualitäts-Wanderwegenetz "Wanderbares Deutschland" gehören. Wir wollen diese Zukunftsbranche bei uns gezielt ausbauen. Dabei spielt das Rheinisch-Bergische Kulturangebot, dessen Stellenwert in den letzten fünf Jahren deutlich zugenommen und Resonanz über die Kreisgrenzen hinaus gefunden hat, eine besondere und ausbaufähige Bedeutung. Besonders private Initiativen wollen wir ermutigen und unterstützen.

Auch die Projekte der Regionale 2010 bieten für den Naturschutz und die kulturräumliche Entwicklung unseres Kreises ein enormes Entwicklungspotential, das genutzt und nicht leichtfertig verspielt werden darf. Als Kreis - in Zusammenarbeit mit der Regionale-Agentur - haben wir 17 Projekte in der konkreten Umsetzung.

Unter dem Arbeitstitel „grün“ firmieren im Kreis die Projekte entlang der topografisch prägenden Flussläufe des Wupper-Korridors unter dem Namen „WupperWandel“ auf Leichlinger Stadtgebiet, der Dhünn-Korridor unter dem Namen „Unverd(h)ünnt“ auf Wermelskirchener, Kürtener und Odenthaler Gebiet und der Agger-Sülz-Korridor mit dem Projekt „KLU – Kennen – Lernen – Umwelt“ in Overath und Rösrath. Das Projekt der „Dhünn-Hochfläche“ soll helfen, den

Landschaftsraum der Bergischen Hochfläche rund um die Dhünn-Talsperre unter wasserschutzspezifischen und umweltpolitischen Gesichtspunkten zu erschließen und für die Naherholung zu öffnen. Mit dem Projekt "unverdünnt" haben wir mehrere Tausend Menschen an die Dhünn-Talsperre herangeführt. Dort vor Ort konnten sie die Praxis des Trinkwasserschutzes und des Schutzes der Natur hautnah erleben und sich davon überzeugen, wie wichtig der Schutz unserer heimischen Lebensgrundlagen ist. Diese Projekte haben das Ziel, den Landschaftsraum ökologisch und kulturell aufzuwerten, als Naherholungsraum zu erschließen und ihn über Lernprojekte Kindern und Jugendlichen näher zu bringen. Damit bilden die Projekte ein unschätzbare Potential der Gebietsentwicklung, das wir nutzen und in den nächsten Jahren ausbauen und zur Verwirklichung bringen wollen.

Das Forum Ost-West des Rheinisch-Bergischen Kreises sowie die unterschiedlichsten Förderungen über den Kulturfonds der Kreissparkasse sind Ausdruck unserer Kulturpolitik. Diese steht im Einklang mit der Erschließung touristischer Ressourcen, mit dem Wert unserer Region als Lebens- und Wohnstandort und stärkt das Profil des Standortes Rheinisch Bergischer Kreis.

## **Kluge Verkehrspolitik für Mobilität und Umwelt**

Unsere Verkehrspolitik orientiert sich nicht an Ideologien sondern an den Bedürfnissen der Menschen. Deshalb gibt es mit uns auch keine einseitige Ausrichtung auf ein bestimmtes Verkehrsmittel. Entscheidend ist, dass die Menschen in vertretbarer Zeit, verlässlich die Wege zur Arbeit, Schule, Einkaufen, Freizeit und nach Hause bewältigen können.

Im ländlichen Raum werden naturgemäß die meisten Wege mit dem Auto zurückgelegt. In den letzten Jahren konnten im klassifizierten Straßennetz (Autobahnen, Bundesstraßen, Landesstraßen und Kreisstraßen) wichtige Straßen fertig gestellt oder durch kleine oder größere Veränderungen sicherer und leistungsfähiger gemacht werden. Im Vergleich zur Vergangenheit ist festzustellen, dass jetzt auch bei uns wieder Landesstraßen repariert wurden und werden. Dennoch ist der Reparaturstau auf den Landesstraßen nach wie vor immens, so dass hier über Jahre weiterhin massive Anstrengungen des Landes notwendig sein werden. Bei den Kreisstraßen verfolgen wir im Rheinisch-Bergischen Kreis seit jeher die Strategie, den guten Zustand der Kreisstraßen zu erhalten. Wir wissen, dass aufgeschobene Reparaturen am Ende meist teurer werden als rechtzeitige Instandsetzungen. Unsere erfolgreiche Politik, die Kreisstraßen in einem guten Zustand zu halten und ihre Leistungsfähigkeit so zu verbessern, dass sie den wachsenden Verkehr aufnehmen können, werden wir fortsetzen.

Im Radverkehr steht in den nächsten Jahren das größte Radwegeprojekt im Kreisgebiet vor der Realisierung. Die Städte Wermelskirchen und Burscheid werden auf der ehemaligen Bahntrasse auf einer Länge von ca. 13 km einen neuen Alleenradweg anlegen, der durch die zentrale und nur gering ansteigende Streckenführung zu einer echten Radwegachse im Nordkreis werden wird. Das Land unterstützt diesen Radweg mit einem Förderbetrag von 2,2 Mio. EUR. Darüber hinaus wird sich die Neuanlage von Radwegen wie beim Straßenbau überwiegend auf das Schließen von kleineren Lücken im Netzschluss konzentrieren. Durch die Beteiligung am Regionale-Projekt "Rad-Region Rheinland" wollen wir unseren Kreis für Freizeitradfahrer noch attraktiver machen.

Im Öffentlichen Personennahverkehr verfolgen wir das Ziel, nur die Busse fahren zu lassen, die tatsächlich von den Benutzern nachgefragt werden. Durch das Modell des Taxibusses konnten wir dafür sorgen, dass der Verkehr zu schwach nachgefragten Zeiten nicht ersatzlos gestrichen werden musste, sondern genau dem Bedarf der Nutzer angepasst wurde. Dazu gehört auch, dass wir den geänderten Lebensgewohnheiten unserer Bürger folgend kreisweit einen gut angenommenen Nachtbusverkehr an Wochenenden eingeführt haben. In den nächsten Jahren wird es besonders darauf ankommen, ältere Menschen als Kunden für den Busverkehr zu gewinnen. Hier werden die Barrierefreiheit und ein verbesserter Service neben der bereits erwähnten Sicherheit im Mittelpunkt der Arbeit der Verkehrsunternehmen stehen.

Um den Schienenverkehr im südlichen Rheinland, dem Gebiet zwischen Aachen und Gummersbach, bestmöglich zu organisieren, wurde im Jahr 2007 der Zweckverband Nahverkehr Rheinland gegründet. Gerade für die Pendler sind die drei Schienenverbindungen nach Köln von besonderer Bedeutung. Der S-Bahnhof Bergisch Gladbach ist außerhalb der Großstädte Köln, Bonn und Aachen der am stärksten frequentierte Bahnhof im Bereich des Nahverkehrs Rheinland. Es ist uns gelungen, den Bahnhof in das ÖPNV-Infrastrukturprogramm des Landes NRW aufzunehmen. Damit wollen wir den Bahnhof und das Teilstück bis Köln-Dellbrück um ein zweites Gleis erweitern und so die Voraussetzungen für eine Verbesserung des Taktes schaffen. Auf der Strecke der Regionalbahn RB 25 steht die Verlängerung des 30-Minuten-Taktes über Overath hinaus in den Oberbergischen Kreis nach Engelskirchen im Zentrum unserer Verbesserungsbemühungen.

Unsere Grundvorstellung von der Gleichberechtigung aller Verkehrsmittel wird deutlich durch die Beteiligung am Regionale-2010-Projekt „Mobil im Rheinland“. Intendiert ist ein Verkehrsmanagement, das den Verkehrsteilnehmern jederzeit ein aktuelles Lagebild über die Verkehrslage in der Region bietet, mit dem sie sich individuell für das geeignete Verkehrsmittel und den optimalen Verkehrsweg entscheiden können.

## **Integration als Herausforderung annehmen**

Fast alle Gesellschaften in Europa sind durch Zuwanderung vielfältiger aber auch heterogener geworden. Unterschiedliche Wertvorstellungen treffen so in unserer Gesellschaft und in unserem Kreis aufeinander. Das erfordert gegenseitige Anerkennung und Akzeptanz. Das ist unproblematisch, so lange elementare Werte der Gesellschaft nicht in Frage gestellt oder aktiv bekämpft werden. Da sind die Grenzen der Demokratie und Toleranz erreicht. Wir stehen zu einer Leitkultur, die auf dem christlichen Menschenbild, den Grundrechten, der Gleichberechtigung von Frau und Mann und dem freien und sozialen Rechtsstaat gründet. Diesen gilt es zu sichern und zu schützen. In so einer Atmosphäre wachsen Verständigung und Verständnis als Voraussetzung einer gelingenden Integration. Kulturelle Eigenarten können wesentlich zur Vielfalt und Lebendigkeit unseres friedlichen Zusammenlebens beitragen. Allerdings wollen wir keine Parallelgesellschaften, sondern die Integration der Menschen mit Zuwanderungsgeschichte.

Die Chancen, die sich dabei bieten, wollen wir gemeinsam nutzen: Fördern und Fordern. Das von Angela Merkel postulierte Prinzip gilt auch hier. Wir brauchen Zuwanderer – gut ausgebildet, engagiert und integrationswillig.

Wir wollen ein Konzept, das den Bedarf an Sprachkursen, zusätzlichen Maßnahmen im Bildungsbereich, den Übergang von der Schule in den Beruf, den Bedarf an Elternbildung, Beratungs- und Orientierungsangebote und den Zugang zum Arbeitsmarkt überprüft. Dazu müssen Handlungskonzepte zur Behebung von Defiziten in den entsprechenden Bereichen weiterentwickelt werden.

Wir wollen keine Assimilation der Menschen, sondern wir fordern nur die Bereitschaft ein, sich den Wertestrukturen unserer Gesellschaft im öffentlichen Leben anzupassen und die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland als Grundlage ihres neuen Lebens zu akzeptieren. Die Gleichberechtigung und Gleichwertigkeit der Frauen gehören genau so dazu, wie die Bereitschaft die deutsche Sprache zu erlernen. Gute, deutsche Sprachkenntnisse sind die Voraussetzung für eine erfolgreiche Integration. Daher setzen wir uns gemeinschaftlich mit den Kommunen und allen in diesem Bereich tätigen Trägern dafür ein, dass das Angebot an Sprachkursen zur Erlangung einer fundierten deutschen Sprachkenntnis ausgebaut und den Erfordernissen angepasst wird.

Die Einbürgerung als Ergebnis einer gelungenen Integration soll nach dem erfolgreichen Bestehen der Sprachprüfung und des Einbürgerungstests in unserem Kreis zu einem würdigen Akt ausgestaltet werden. Wir wollen regelmäßig gemeinsam die Einbürgerung feiern (wie es bereits erstmalig 2008 praktiziert wurde), damit die deutsche Staatsbürgerschaft nicht nur durch einen

Verwaltungsakt den Menschen erteilt wird, sondern die Gemeinschaft in unserer Gesellschaft auch feierlich erlebbar gemacht wird.

## **Mensch und Gesellschaft**

Die ständige Vergrößerung der Waren- und Dienstleistungsangebote, die Beschleunigung der Innovationszyklen, die Internationalisierung der Warenangebote und der zunehmende Wettbewerb bieten für die Verbraucher stetig wachsende Wahlmöglichkeiten. Damit nehmen gleichzeitig Unübersichtlichkeit und Verunsicherung zu. Viele Menschen sehnen sich nach Orientierung und anbieterunabhängiger Beratung.

Ablesbar ist diese Entwicklung an der zunehmenden Zahl von Ratsuchenden und Beratungen bei der Verbraucherberatungsstelle für den Rheinisch-Bergischen Kreis in Bergisch Gladbach. Nachdem das Land durch einen Rahmenvertrag der Verbraucherzentrale landesweit eine mehrjährige Planungssicherheit verschafft hat, stellen wir gemeinsam mit der Stadt Bergisch Gladbach die Fortführung der Verbraucherberatung für den Rheinisch-Bergischen Kreis durch einen mehrjährigen Vertrag sicher. Unser Ziel ist, die Gesundheit und Sicherheit der Verbraucher zu schützen, ihre wirtschaftlichen und rechtlichen Interessen zu verteidigen und ihr Recht auf Information auszubauen. Verbraucherschutz und -beratung sichern die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben.

Besondere gesellschaftliche Leistungen erbringen unsere 265 Sportvereine, auf die wir mächtig stolz sein können. Sportliche Betätigung fördert nicht nur Gesundheit, Wohlbefinden und Geist, sondern der Vereinssport steht vorbildlich für Integration, Kommunikation und das soziale Miteinander. Eine besondere Bedeutung hat dabei die Förderung des Kinder- und Jugendsports: die Förderung von Talenten und Begabungen, der Spaß an der sportlichen Bewegung sowie der Ausgleich von motorischen Defiziten sind die selbst gewählten inhaltlichen Schwerpunkte unserer Vereine. Unter Berücksichtigung des demographischen Wandels gewinnt der Sport im Alter eine völlig neue Bedeutung und Dimension. Aktive Gesundheit ist unsere Devise. Im Rheinisch-Bergischen Kreis hat sich der Kreissportbund in den letzten Jahren dafür konsequent zu einem Kompetenzzentrum entwickelt.

Wir haben mit dem organisierten Sport einen „Pakt für den Sport“ unterzeichnet, mit dem wir langfristig die Förderung und Zusammenarbeit mit den Kreissportbund als dem Dachverband der

Sportvereine absichern. Die Gebühren für die kreiseigenen Sportstätten haben wir abgeschafft und unterstützen seit 2008 die Vereine mit einem jährlichen Zuschuss zur Übungsleiterpauschale in Höhe von 60.000 EUR. Eine anteilige Unterstützung zur Anschaffung von Grundsportgeräten für Vereine erfolgt ebenfalls in enger Zusammenarbeit mit dem Kreissportbund. Diese Unterstützung und Förderung der Vereinsarbeit schafft Kontinuität und Vertrauen und ist vorbildlich.

Ehrenamtliches Engagement ist Ausdruck bester demokratischer Kultur. Ehrenamt fördert die Selbstverantwortung, stärkt den Zusammenhalt der Menschen und erbringt eine Fülle von Leistungen und Angeboten. Ohne das ehrenamtliche Engagement wäre unsere Gesellschaft aus sozialer und kultureller Sicht entscheidend ärmer, vom ökonomischen Mehrwert ganz zu schweigen.

Im Rheinisch-Bergischen Kreis ist der Anteil der Menschen, die sich ehrenamtlich engagieren, traditionell besonders hoch. Etwa 2.000 Vereine oder Initiativen sorgen bei uns dafür, dass das Zusammenleben bereichert wird und menschliche Dimensionen unser Alltagsleben prägen. Neben traditionellen - beispielsweise seien hier die Rettungsdienste, Kirchen, Sport, Jugendarbeit, Kunst und Kultur genannt - sind in den letzten Jahren neue Tätigkeitsfelder entstanden. Neue Initiativen wie Bürgerbusvereine, die Tafeln, Patientenselbsthilfegruppen, Bürgerstiftungen oder die Hospizbewegung werden von uns ausdrücklich begrüßt und gefördert. Sie ergänzen und bereichern das Leben im Rheinisch-Bergischen Kreis.

Die CDU ist die Partei des Ehrenamtes. Wir setzen uns für ein gesellschaftliches Klima ein, das ehrenamtlichen Einsatz und das freiwillige Engagement von Menschen für unser Gemeinwesen anerkennt, fördert und unterstützt. In verschiedenen Städten verleihen wir jährlich wiederkehrend Preise für ehrenamtliche Leistungen. Der Landrat zeichnet jährlich verdiente Bürger für ihr ehrenamtliches Tun aus. Wir wollen die Ehrenamtskarte des Landes, mit der ehrenamtlich Tätige handfeste Vergünstigungen und Rabatte erhalten können, im Rheinisch-Bergischen Kreis einführen.

Wir als christliche Demokraten messen den Kirchen und Religionsgemeinschaften eine besondere Bedeutung zu. Die christlichen Kirchen haben Tradition und Kultur, Wissenschaft und Gesellschaft seit 2000 Jahren in Europa entscheidend geprägt. Sie geben Sinnstiftung, Werteorientierung und soziale Aufgehobenheit. Sie übernehmen in fast allen Lebensbereichen öffentliche Aufgaben - von der Schwangerenberatung, über Kindergärten, Schulen, Erziehungsberatung, Jugendeinrichtungen,

Kinderheime, Krankenhäuser, Seniorenbegegnungsstätten, Altenheimen, die Notfallseelsorge, Migrantenbetreuung, in Sozialen Diensten von Caritas und Diakonie bis hin zu Friedhöfen -, auf die unsere Gesellschaft nicht verzichten kann. Zahlreiche dieser Aufgaben sind durch faire Verträge in den Kommunen und auf Kreisebene verlässlich abgesichert.

Uns ist aber auch das öffentliche Wort der Kirchen wichtig. Die Kirchen haben ihren Platz in der Gesellschaft und geben den Menschen Orientierung, Hoffnung und Mut. Viele politisch engagierte Bürger übernehmen gleichzeitig Verantwortung in der kirchlichen Gemeinschaft - und umgekehrt. Gerade das aktuelle Jubiläumsjahr zum 750. Jahrestag der Grundsteinlegung des Altenberger Doms hat die guten Kontakte intensiviert. Wir wollen das alljährlich am Vorabend des Buß- und Bettages stattfindende Altenberger Forum „Kirche und Politik“, das vom Ökumenausschuss und dem Landrat veranstaltet wird, fortsetzen und gleichzeitig die Kirchen ermuntern, weitere Dialogmöglichkeiten zu schaffen.

## **Solide und stabile Finanzen: Das ist unsere Stärke**

Der Rheinisch-Bergische Kreis ist finanziell gut aufgestellt. Dies hat er der eisernen Finanzpolitik der Kreistagsmehrheit der letzten Jahre zu verdanken. Jede Investition und jede neue Ausgabe wird bei uns auf deren Wirksamkeit und Notwendigkeit genauestens geprüft. Insbesondere auch im Bereich des Personalmanagements der Kreisverwaltung haben wir in den letzten Jahren gemeinsam mit unserem Landrat und den Mitarbeitern der Kreisverwaltung eine verantwortungsvolle und sparsame Einstellungspolitik verfolgt, so dass der Personalbestand in den letzten Jahren stabil gehalten werden konnte. Mit unserer Politik haben wir den Haushalt des Kreises aus dem Haushaltssicherungskonzept geführt und Spielräume für neue Investitionen erwirtschaftet. Die Verbesserungen, die wir in den letzten drei Jahren nach der Aufstellung ausgeglichener Haushalte erwirtschaften konnten, haben wir durch Senkung der Kreisumlage zur Entlastung der Kommunen verwendet.

Wir wollen die Steuermittel auch in Zukunft so effizient wie möglich einsetzen. Dabei ist für uns klar, dass wir vor der Übernahme neuer Aufgaben zuerst deren Finanzierbarkeit und deren Wirtschaftlichkeit überprüfen – diese immer unter einen Finanzierungsvorbehalt stellen.

Zudem ist es zwingend erforderlich, die kommunalen Finanzen zu reformieren. Alle Städte und Gemeinden im Rheinisch Bergischen Kreis haben ein Einnahmeproblem und kein Ausgabeproblem. Selbst wenn alle freiwilligen Ausgaben gestrichen würden, könnten die Haushalte nicht ausgeglichen werden. Das zeigt, dass die heutigen Finanzprobleme nicht "hausgemacht" sind, es

zeigt aber auch das keine Stadt oder Gemeinde in der Lage ist dieses Problem alleine zu lösen. Wir brauchen hier dringend Hilfe.

Die CDU war die Partei solider Finanzen und wird es auch weiterhin bleiben. Auch unangenehme Diskussionen wollen wir durchstehen, wenn es darum geht, die Finanzen vor zu hohen Forderungen unterschiedlichster Lobbyisten zu schützen. Die Sicherung der kommunalen Haushalte ist unser Beitrag zur Bewahrung der nachhaltigen Handlungsfähigkeit und zum Schutz der nächsten Generationen vor einer zu hohen Schuldenlast.

### **Kompetent, verlässlich, bergisch: Die CDU bei uns**

Die CDU verfolgt eine verlässliche Kommunalpolitik, in der die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger im Mittelpunkt stehen. Wir fördern Engagement und Ehrenamt und sind in unseren Vorschlägen berechenbar und verantwortungsvoll. Unser Fundament ist das christliche Menschenbild, auf dem wir eine wertegebundene Politik für alle machen, unabhängig von der sozialen Herkunft oder Religion.

Für uns ist kommunales Denken in allen Politikfeldern eine Selbstverständlichkeit. CDU-Politiker meistern auf allen Ebenen gemeinsam die Herausforderungen vor Ort. Wir wollen uns daran messen lassen, dass wir Wort halten und dass unsere Kommunalpolitiker vor Ort für alle Bürger die ersten Ansprechpartner sind. Wir wollen der Lebenswirklichkeit unserer Bürger gerecht werden und mit ihnen die Veränderungen unserer Gesellschaft prägen und gestalten.

So bleiben unsere Kommunen lebenswert. So arbeiten wir: gemeinsam für unsere Heimat.